

Der Rückgriff auf den haftpflichtigen Dritten im Bereich der beruflichen Vorsorge



JEAN-MICHEL DUC,
Rechtsanwalt, Lutry



lic. iur. LORENZ FIVIAN,
Murten

Inhaltsübersicht:

- I. Ausgangslage
- II. Rückblick
 1. Keine Subrogation
 2. Zession nach aArt. 26 BVV2
 3. Rechtsprechungsübersicht als Grundlage
 - A. Kaskadenordnung nach Art. 51 Abs. 2 OR
 - B. Gleichstellung der Vorsorgeeinrichtung mit den anderen Sozialversicherern
 4. Integrales Regressrecht durch Zession der Schadenersatzansprüche
 5. Zwischenfolgerungen
- III. Einführung einer gesetzlichen Subrogationsnorm (Art. 34b BVG)
- IV. Berechnung der Regressansprüche der Vorsorgeeinrichtung
 1. Empfehlung zum Rentenschaden
 2. Empfehlung zum Regress der Vorsorgeeinrichtung
- V. Konkrete Berechnung der Regressforderung
 1. Koordination
 2. Regressfähiger Betrag der Vorsorgeeinrichtung
 3. Rechnungsbeispiel aus dem Beitragsprimat
 4. Berechnung der BVG-Invalidentrenten
 5. Entwicklung der BVG-Renten
 6. Berechnung der kapitalisierten BVG-Invalidentrenten (Aktivphase)
 7. Berechnung des BVG-Rentenschadens (Passivphase)
 - A. Berechnung des BVG-Rentendirektschadens
 - B. Berechnung des BVG-Rentenschadens der Vorsorgeeinrichtung
 9. Regressfähiger Betrag der Vorsorgeeinrichtung
- VI. Schlussfolgerung

I. Ausgangslage

Es entspricht eher der Ausnahme, dass Einrichtungen der beruflichen Vorsorge ihre Regressansprüche gegenüber dem haftpflichtigen Dritten prüfen und geltend machen. Grund ist wohl das mangelnde juristische Fachwissen im Haftpflichtrecht¹. Die vorliegenden Ausführungen bezwecken, die Grundlagen für den Rückgriff der Personalvorsorgeeinrichtungen auf den haftpflichtigen Dritten – sowohl im Bereich der obligatorischen als auch der überobligatorischen Leistungen – aufzuzeigen.

Rückblickend auf die bisherige gesetzliche Grundlage und die Rechtsprechung soll zusätzlich, mit Bezug auf die neu ab dem 1. Januar 2005 gültigen Bestimmungen aus der Beruflichen Vorsorge, dargelegt werden, wie der Pensionskassenregress konkret durchgeführt werden kann.

II. Rückblick

1. Keine Subrogation

Bei der AHV, IV und bei den UVG-Versicherern gehen die Haftpflichtansprüche des Unfallopfers im Zeitpunkt des Unfalles von Gesetzes wegen bis zur Höhe der erbrachten Leistungen auf den Sozialversicherer über (vgl. 72 ATSG). Diese Institutionen können also für die erbrachten Leistungen auf den haftpflichtigen Dritten Regress nehmen. Es besteht demgemäss eine integrale Subrogation des Sozialversicherers in den Haftpflichtanspruch des Geschädigten. Grenze dieser regressierbaren Leistungen ist stets ein allfälliges Quotenvorrecht des Geschädigten².

Im Bereich der beruflichen Vorsorge war bislang kein explizites Subrogationsrecht im Gesetz verankert. Mit dem Inkrafttreten des ATSG wurde für die Vorsorgeeinrichtung kein Subrogationsrecht eingeführt³. Das Fehlen einer gesetzlichen Subrogationsnorm in der beruflichen Vorsorge wurde in der Lehre kritisiert⁴.

Es sei festzuhalten, dass Leistungen der Pensionskasse infolge eines Unfalles an die Stelle des Erwerbseinkommens treten; d. h. die Vorsorgeleistungen sind schadenausgleichend und sind an den Haftpflichtanspruch anzurechnen.

2. Zession nach aArt. 26 BVV2

Bisweilen galt (bis Ende 2004), dass gemäss aArt. 26 BVV2 im Vorsorgereglement festgesetzt werden konnte, dass der Versicherte seine Forderungen gegen haftpflichtige Dritte

- 1 Vgl. H.-U. STAUFFER (2005), Berufliche Vorsorge, RN 887.
- 2 R. SCHAER (1984), Grundzüge des Zusammenwirkens von Schadenausgleichssystemen, RN 951; A. RUMO-JUNGO (1998), Haftpflicht- und Sozialversicherung, RN 1098; K. OFTINGER/E. STARK (1995), Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band I, § 11, N 285; S. HOFER, Haftpflichtanspruch und Pensionskassenregress, SZS 2001 128.
- 3 S. HOFER, Haftpflichtanspruch und Pensionskassenregress, SZS 2001 126.
- 4 K. OFTINGER/E. STARK (1995), Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band I, § 11, N 74; R. SCHAER, "Hard cases make bad law" oder OR 51/2 und die regressierende Personalvorsorgeeinrichtung, recht 9 (1991), 12 ff.; A. RUMO-JUNGO, Zusammenspiel zwischen Haftpflichtrecht und beruflicher Vorsorge, ZBJV Band 138 2002, 433 ff.

bis zur Höhe der erbrachten Leistungen der Vorsorgeeinrichtung abtreten musste. Gestützt auf diese Zession konnte die Pensionskasse, sofern diese Abtretung im Reglement vorgesehen war, für die erbrachten Hinterlassenen- und Invalidenleistungen gegen den haftpflichtigen Dritten regressieren. Die Zession verschaffte also der Vorsorgeeinrichtung ein umfassendes Regressrecht, beschränkt durch das Quotenvorrecht. Regressberechtigt ist demnach derjenige Teil der ausbezahlten Leistungen, welcher unter Berücksichtigung der Übererschädigungsgrenze bezahlt werden muss.

Nach dem Wortlaut dieser Bestimmung ("bis zur Höhe ihrer Leistungspflicht") sind nach der hier vertretenen Meinung ebenfalls die reglementarischen Leistungen gemeint; somit also auch die überobligatorischen Leistungen, sofern sie schadenausgleichend sind.

3. Rechtsprechungsübersicht als Grundlage

A. Kaskadenordnung nach Art. 51 Abs. 2 OR

Das Bundesgericht hat im Urteil BGE 115 II 24 festgehalten, die Vorsorgeeinrichtungen unterliegen in Bezug auf den Regress der Kaskadenordnung von Art. 51 Abs. 2 OR. Dies gelte unbeachtlich von aArt. 26 BVV2 und Statuten oder Reglementsbestimmungen über die Zession der Ansprüche des Versicherten.

Nach Art. 51 Abs. 2 OR trägt in erster Linie derjenige den Schaden, der ihn durch unerlaubte Handlung verschuldet hat und in letzter Linie derjenige, der ohne eigene Schuld und ohne vertragliche Verpflichtung kausal haftbar ist. Nach dieser strengen Kaskadenordnung gilt als erste Stufe die Verschuldenshaftung, sodann die Vertragshaftung und schliesslich die Kausalhaftung⁵. Die Pensionskasse würde nach dieser Kaskadenordnung erst in die zweite Stufe der aus Vertrag Haftenden eintreten. In BGE 115 II 28 Erw. 3 führte das Bundesgericht aus, dass die Anwendung von Art. 51 Abs. 2 OR nur in der Regel anzuwenden sei. Davon könne aus Billigkeitsgründen abgewichen werden, was jedoch im zu entscheidenden Fall abgelehnt wurde.

In einem unveröffentlichten Entscheid (Urteil des Bundesgerichts vom 5. Mai 1987 i. S. *Michaud und Konsorten c. Schweizerische Eidgenossenschaft und Konsorten*) sowie in BGE 116 II 649 wurde von der strengen Kaskadenordnung nach Art. 51 Abs. 2 OR aus Billigkeitsgründen abgewichen⁶.

Es kann demnach gefolgert werden, dass die strenge Kaskadenordnung nach Art. 51 Abs. 2 OR in Bezug auf den Pensionskassen-Regress deutlich zu relativieren ist.

B. Gleichstellung der Vorsorgeeinrichtung mit den anderen Sozialversicherern

In einem unveröffentlichten Urteil vom 20. März 1990⁷ hat das Bundesgericht entschieden, dass die Vorsorgeeinrichtungen der beruflichen Vorsorge den Sozialversicherern hinsichtlich des Regresses gleichzustellen sind. Es wurde auch präzisiert, dass die Regressforderung der Einrichtung der beruflichen Vorsorge noch vor derjenigen des Arbeitgebers befriedigt werden soll. Da die Leistungen der Pen-

sionskasse schadenausgleichend sind, sind sie an den Haftpflichtanspruch anzurechnen. Dies bedeutet, dass nebst den obligatorischen Leistungen auch der überobligatorische Bereich regressierbar ist⁸. Da unter den Sozialversicherern keine Rangfolge besteht, sind die Leistungen der beruflichen Vorsorge beim Regress im Verhältnis zu den Versicherungsleistungen der anderen Sozialversicherer aufzuteilen.

In einem jüngeren Urteil des Bundesgerichts (BGE 126 III 521) ging es um die Frage, ob der Arbeitgeber für den Lohn, den er seinem Arbeitnehmer während der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit bezahlt, auf den haftenden Dritten Regress nehmen könne. Es wurde entschieden, dass der Arbeitgeber nicht schlechter gestellt werden dürfe als eine Versicherung, die an seiner Stelle den Lohn bezahlt (vgl. Art. 72 VVG). Der Regress des Arbeitgebers wurde begründet, indem die Haftung aus verschiedenen Rechtsgründen nach Art. 51 OR per Analogie herangezogen wurde, und damit, dass der Arbeitgeber den Versicherungen gleichzustellen sei und ebenfalls auf einen kausal haftenden Dritten regressieren könne⁹.

Beim Regress in Anwendung von Art. 51 Abs. 2 OR wird ein Verschulden des haftpflichtigen Dritten vorausgesetzt. Bei einer rein kausalen Haftung (Gefährdungshaftung) wäre der Regress nicht ohne weiteres möglich. Diese Ansicht gilt allerdings aus heutiger Sicht als überholt¹⁰. Dagegen spricht nämlich einerseits der Wortlaut von Art. 51 Abs. 2 OR, der von der unerlaubten Handlung Dritter ganz allgemein und nicht nur von der Verschuldenshaftung spricht. Diese Auslegung beruht hauptsächlich auf dem Argument, der Haftpflichtversicherer kassiere Prämien und dürfe daher nicht allzu stark entlastet werden¹¹.

Es sei zu bemerken, dass der Rückgriff nach Art. 51 Abs. 2 OR lediglich die bisherigen Leistungen erfasst; künftige Leistungen sind davon nicht betroffen¹². Der Re-

5 A. RUMO-JUNGO, Zusammenspiel zwischen Haftpflicht und beruflicher Vorsorge, in: ZBJV Band 138 2002, 438.

6 E. STARK, Urteilsanmerkung, Zwei neuere Entscheidungen des Bundesgerichtes zur Regressordnung von Art. 51 Abs. 2 OR, in: ZBJV Band 128 1992, 223; vgl. auch BGE 127 III 265 Erw. 6b; Entscheid des Bundesgerichts Urteil A. c. X. vom 26.5.2003, 4c.27/203 Erw. 3.6.

7 Unveröffentlichtes Urteil des Bundesgerichts, *Erben X. und Kanton Bern c. Schweizerische Eidgenossenschaft, Kanton Waadt und Gemeinde Ormond-Dessus* vom 20.3.1990 (C.595/1984; C.9/1985).

8 J.-M. FRÉSARD, Questions de coordination en matière de prévoyance professionnelle, in: RJN 2000, 36.

9 BGE 126 III 521; vgl. auch BGE 115 II 24.

10 B. VIRET, La surindemnisation dans la prévoyance professionnelle, SVZ 67 (1999), 32.

11 K. OFTINGER/E. STARK (1995), Schweizerisches Haftpflichtrecht Band I; § 11 FN 81.

12 S. FUHRER, Der Regress der Sozialversicherer auf den haftpflichtigen Dritten, SVZ 60 (1992), 89; M. SCHÄTZLE/S. WEBER (2001), Kapitalisieren, Handbuch zur Anwendung der Barwerttafeln, RN 3.174; wohl anderer Meinung S. HOFER, Haftpflichtanspruch und Pensionskassenregress, SZS 2001 125 ff.

gress künftiger Leistungen erfolgt mittels Abtretung, wie nachfolgend erläutert wird.

4. Integrales Regressrecht durch Zession der Schadenersatzansprüche

Nach der hier vertretenen Ansicht ist es nicht notwendig, Art. 51 Abs. 2 OR auf das Verhältnis zwischen Sozialversicherungsleistungen und Schadenersatzleistungen anzuwenden. Art. 51 Abs. 2 OR ist durchaus relevant bei Anspruchskonkurrenz bei mehreren Haftpflichtigen¹³. Es spricht aus rechtlicher Sicht nichts dagegen, dass ein integraler Regress nicht durch eine Abtretung der Ansprüche der geschädigten Person an ihre Vorsorgeeinrichtung durchgeführt werden kann¹⁴. Darin sind nebst dem Obligatorium auch die weitergehenden Vorsorgeleistungen enthalten, insofern sie schadenausgleichend sind. Auch die Abtretung der künftigen Leistungen, im Gegensatz zum Regress nach Art. 51 Abs. 2 OR, ist nach allgemeiner Regel möglich¹⁵.

Nach Eintritt des schädigenden Ereignisses soll die Pensionskasse deshalb beim Versicherten stets eine schriftliche Abtretungserklärung einholen¹⁶.

Demnach verschafft die Zession der Pensionskasse ein umfassendes Regressrecht, beschränkt durch das Quotenverrecht und die Überentschädigungsgrenze.

Das Bundesgericht hat einerseits im Entscheid vom 20. März 1990 entschieden, die Einrichtung aus der beruflichen Vorsorge sei beim Regress in den selben Rang wie die anderen Sozialversicherer zu stellen. Andererseits hat das Bundesgericht in BGE 126 III 521 festgehalten, dass der Arbeitgeber in Bezug auf die Lohnfortzahlung bei einer unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit aus Billigkeitsgründen nicht anders zu behandeln sei als etwa die Versicherung, die für den selben Schaden Leistungen gewährt. Aus demselben Grund wäre es unbillig, beim Regress durch die Abtretung der Ansprüche an die Pensionskasse diese im Vergleich zu den anderen Versicherern zu benachteiligen.

5. Zwischenfolgerungen

Die gesetzliche Grundlage für den Pensionskassen-Regress kann einerseits in Art. 51 Abs. 2 OR und andererseits in aArt. 26 BVV2 gesehen werden. Der Vorsorgeeinrichtung steht im Rahmen von Art. 51 Abs. 2 OR ein Regressanspruch für bisherige Leistungen auch dann zu, wenn keine reglementarische Abtretungsverpflichtung vorgesehen ist.

Der Rückgriff nach Art. 51 Abs. 2 OR erfasst lediglich die bisherigen Leistungen; künftige Leistungen sind davon nicht betroffen¹⁷. Die künftigen Leistungen können nur mit einer gültigen Abtretungserklärung regressiert werden.

Eine Gleichstellung der Vorsorgeeinrichtungen mit den anderen Sozialversicherern liegt auf der Hand und wurde vom Bundesgericht bestätigt¹⁸.

Die Überentschädigung und das Quotenverrecht sind beim Regress der Vorsorgeeinrichtung zu berücksichtigen. Höchstgrenze ist stets 100% des mutmasslich entgangenen Verdienstes für sämtliche obligatorischen und überobligatorischen Leistungen (vgl. Art. 24 BVV2). Nach Art. 24

Abs. 5 BVV2 kann die Pensionskasse ihre Leistungen anpassen, wenn die Verhältnisse sich wesentlich ändern. Der mutmasslich entgangene Verdienst ist in der Folgezeit dann neu festzulegen, wenn ein hinreichender Grund zur Annahme besteht, dass sich die Leistungsanpassung um mindestens 10% verändert¹⁹.

III. Einführung einer gesetzlichen Subrogationsnorm (Art. 34b BVG)

Auf den 1. Januar 2005 wurde im Rahmen der 1. BVG-Revision Art. 34b BVG in Kraft gesetzt:

Art. 34b Subrogation

Gegenüber einem Dritten, der für den Versicherungsfall haftet, tritt die Vorsorgeeinrichtung im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Person, ihrer Hinterlassenen und weiterer Begünstigter nach Artikel 20a ein.

Nach dieser neuen Subrogationsnorm ist die Vorsorgeeinrichtung hinsichtlich des Regresses den anderen Sozialversicherern gleichgestellt²⁰. Unabhängig von der Regressordnung nach Art. 51 Abs. 2 OR ist der Regress gegenüber den haftpflichtigen Dritten möglich. Diese Bestimmung gilt allerdings nur für das BVG-Obligatorium ("bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen")²¹. Im Gegensatz zu Art. 51 Abs. 2 OR kann nach Art. 34b BVG sowohl für die vergangenen als auch für die künftigen Leistungen regressiert werden.

Was den überobligatorischen Bereich betrifft, bleibt es der Pensionskasse freigestellt, für ihre Leistungen mittels Zession auf den haftpflichtigen Dritten zu regressieren.

13 A. RUMO-JUNGO (1998); Haftpflicht und Sozialversicherung, N 1087; H. ROELLI/C. JAEGER (1932), Kommentar zum Schweizerischen Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2.4.1908, Bd. II, N 2 zu Art. 72 VVG; ähnlich R. SCHAER/J.-L. DUC/A. KELLER (1992), Das Verschulden im Wandel des Privatversicherungs-, Sozialversicherungs- und Haftpflichtrechts, 297, 301, 304.

14 Vgl. Art. 164 OR.

15 BGE 85 I 30; BGE 113 II 165 E 2; BGE 117 III 56 E 3 c.

16 K. OFTINGER/E. STARK (1995), Schweizerisches Haftpflichtrecht Band I; § 11 RN 296.

17 S. FUHRER (1992), Der Regress der Sozialversicherer auf den haftpflichtigen Dritten, SVZ 60, 89; M. SCHAETZLE/S. WEBER (2001), Kapitalisieren, Handbuch zur Anwendung der Barwerttafeln, RN 3.174; wohl anderer Meinung S. HOFER, Haftpflichtanspruch und Pensionskassenregress, SZS 2001 125 ff.

18 Urteil des Bundesgerichts vom 20.3.1990 C.595/1984; C.9/1985 (FN 7).

19 BGE 123 V 201; 123 V 204; 125 V 163.

20 Vgl. Art. 72 ATSG.

21 I. VETTER-SCHREIBER (2005), Berufliche Vorsorge, Kommentar, 128.

IV. Berechnung der Regressansprüche der Vorsorgeeinrichtung

1. Empfehlung zum Rentenschaden

Der Schweizerische Versicherungsverband (SVV), die SUVA und das BSV haben am 20. März 2001 eine gemeinsame Empfehlung zum Rentenschaden herausgegeben²². Darin einigten sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen für die Schadensberechnung und die Regressabwicklung.

Der unfallbedingt invalid gewordene Geschädigte wird im Rahmen der beruflichen Vorsorge dadurch benachteiligt, dass die künftige Altersrente nicht durch das steigende Einkommen verbessert werden kann.

Nach dieser Empfehlung wurde die vom Bundesgericht bisher angewandte Beitragsmethode (vereinfachte Bestimmung des Rentenschadens durch Kapitalisierung der rentenbildenden Arbeitgeberbeiträge) abgelehnt. Auf der Basis des Nettolohnes²³ wird die konkrete und zweiphasige Berechnung des Rentenschadens empfohlen. Während der Aktivphase wird danach der Erwerbsausfall bis zum Erreichen des AHV-Rentenalters terminiert. In der Passivphase wird der Rentenschaden als aufgeschobene Mortalitätsrente ab Erreichen des AHV-Rentenalters kapitalisiert. Die Höchstgrenze des regressierbaren Betrages wurde auf 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes gemäss Art. 24 Abs. 1 BVV2 (Überentschädigungsgrenze) festgesetzt²⁴.

2. Empfehlung zum Regress der Vorsorgeeinrichtung

Am 19. Dezember 2003 hat die Schadenleiterkommission des SVV in Zusammenarbeit mit dem BSV und der SUVA eine Empfehlung zum Pensionskassen-Regress herausgegeben²⁵. Nach dieser Empfehlung werden die zu regressierenden Leistungen der Pensionskasse wie folgt berechnet:

- Der Regressanspruch stützt sich auf Art. 51 Abs. 2 OR. Der Regress von künftigen Leistungen setzt eine schriftliche Zession voraus.
- Nur schadenausgleichende Leistungen der Vorsorgeeinrichtungen (Grenze bei 100% des mutmasslich entgangenen Verdienstes²⁶) sind regressierbar.
- Die Invalidenrente aus der beruflichen Vorsorge ist bis zum ordentlichen AHV-Rentenalter zu kapitalisieren. Bei der Berechnung der Rente ist auf den mutmasslich entgangenen Verdienst in Anlehnung an die haftpflichtrechtliche Einkommensentwicklung bei der Direktschadenberechnung abzustellen.
- Der Rentenschaden der Pensionskasse berechnet sich nach der Empfehlung zum Rentenschaden. Die Prämienbefreiung ist nicht regressfähig.

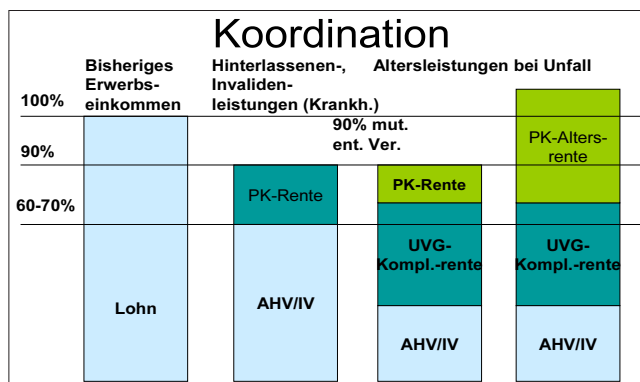
V. Konkrete Berechnung der Regressforderung

Für den Regress der obligatorischen Leistungen nach der Subrogationsnorm von Art. 34b BVG tritt die Vorsorgeein-

richtung im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses in die Ansprüche der versicherten Person. Bei den künftigen und überobligatorischen Leistungen oder bei Unfallereignissen, die sich vor dem 1. Januar 2005 ereignet haben, kann nach der hier vertretenen Meinung der Pensionskassen-Regress nur mit einer Abtretungserklärung durchgeführt werden.

1. Koordination

Um die regressierbaren Leistungen der Pensionskasse aufzuzeigen, wird nachfolgend die Koordination zwischen den Sozialversicherern grafisch erläutert. Die Rentenleistungen aus der beruflichen Vorsorge können nach Art. 24 BVV2 auf 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes begrenzt werden. Bei einer unfallbedingten Invalidität kann bei steigendem hypothetischem Verdienst die Obergrenze des vor dem Unfall bezogenen Verdienstes mitsamt den anderen Sozialversicherungsleistungen überschritten werden.



2. Regressfähiger Betrag der Vorsorgeeinrichtung²⁷

Bei Invalidität durch einen Unfall werden in einem ersten Schritt während der Aktivphase des Versicherten, d. h. bis zum AHV-Rentenalter, die BVG-Invalidenrenten (obligatorischer und überobligatorischer Bereich) kapitalisiert (Tafel 13x STAUFFER/SCHAETZLE²⁸).

- 22 Empfehlung Nr. 01/2001 der Schadenleiterkommission (SLK) des SVV vom 20.3.2001; HAVE 2/2002, 139 ff.
- 23 Vgl. BGE 129 III 135, wonach die Berechnung des Erwerbsausfall nach dem Nettolohn zu erfolgen hat.
- 24 Der mutmasslich entgangene Verdienst wird anhand einer Schätzung vorgenommen. Dadurch, dass der mutmasslich entgangene Verdienst gegen oben nicht begrenzt ist, werden die hohen Einkommen begünstigt.
- 25 Empfehlung Nr. 7/2003 der Schadenleiterkommission (SLK).
- 26 Die Leistungsanpassung hat nach Art. 24 Abs. 5 BVV2 zu erfolgen, wenn sich die Verhältnisse um mindestens 10% ändern; vgl. Ziff. 2.5.
- 27 Empfehlungen Nr. 1/2001 und 7/2003 der Schadenleiterkommission (SLK).
- 28 Oder Tafel 11 STAUFFER/SCHAETZLE.

Weiter kommt beim regressfähigen Betrag für die Passivphase, d. h. ab dem Rentenalter, noch der kapitalisierte BVG-Rentenschaden (Tafel 1b STAUFFER/SCHAETZLE) hinzu.

Bei einem Todesfall des Versicherten werden als erstes die BVG-Renten kapitalisiert (Tafel 6 bzw. 7 STAUFFER/SCHAETZLE).

Weiter wird der jährliche BVG-Rentenschaden ebenfalls kapitalisiert (mit Tafel 5, abzüglich Tafel 6 bzw. 7 STAUFFER/SCHAETZLE).

3. Rechnungsbeispiel aus dem Beitragsprimat

Der Versicherte, geboren am 31. Mai 1966, ist seit dem 31. Dezember 2004 infolge eines Unfalles invalid. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern (Jahrgang 1991 und 1996). Den haftpflichtigen Dritten trifft ein Verschulden von 100%.

Das Vorsorgekonto des Versicherten hat sich bis zur Invalidität (siehe hinten Tabelle 1) entwickelt. Das BVG-Alterskonto entspricht der sog. Schattenrechnung. Der durch das Reglement der Pensionskasse definierte versicherte Verdienst hat im Zeitpunkt des Unfalles CHF 75 680.– betragen²⁹.

4. Berechnung der BVG-Invalidenrenten

Im vorliegenden Berechnungsbeispiel gewährt die Pensionskasse die Invalidenrente nach einer Wartefrist von 12 Monaten nach dem Unfallereignis. Die reglementarische Invalidenrente aus der beruflichen Vorsorge entspricht der Berechnung nach Art. 24 Abs. 2 und 3 BVG. Danach entspricht sie 7,2%³⁰ des Kapitals, das der Versicherte bis zum Beginn des Anspruchs auf die Invalidenrente erworben hat, plus die Summe der Altersgutschriften der aufgrund der Invalidität fehlenden Jahre, ohne Zinsen. Die Höhe der Kinderrente beträgt je 20% der BVG-Invalidenrente (Art. 21 und 25 BVG).

Mit dem Umwandlungssatz von 7,2% ergibt dies gemäss nachfolgender Tabelle bei einem Gesamtbetrag von CHF 265 739.– eine jährliche BVG-Invalidenrente von CHF 19 133.–. Die Kinderrente entspricht dementsprechend je CHF 3827.–.

Abrechnungsperiode	Alter	BVG-Alterskonto				
		Verdienst	Altersgutschriften		Altersguthaben	
			Koordiniert	BVG 16 in %	in CHF	Anfang Abrechnungsperiode
1.1.-31.12.2005	39	50'640	10	5'064	64'445	69'509
1.1.-31.12.2006	40	50'640	10	5'064	69'509	74'573
1.1.-31.12.2007	41	50'640	10	5'064	74'573	79'637
1.1.-31.12.2008	42	50'640	10	5'064	79'637	84'701
1.1.-31.12.2009	43	50'640	10	5'064	84'701	89'765
1.1.-31.12.2010	44	50'640	10	5'064	89'765	94'829
1.1.-31.12.2011	45	50'640	15	7'596	94'829	102'425
1.1.-31.12.2012	46	50'640	15	7'596	102'425	110'021
1.1.-31.12.2013	47	50'640	15	7'596	110'021	117'617
1.1.-31.12.2014	48	50'640	15	7'596	117'617	125'213
1.1.-31.12.2015	49	50'640	15	7'596	125'213	132'809
1.1.-31.12.2016	50	50'640	15	7'596	132'809	140'405
1.1.-31.12.2017	51	50'640	15	7'596	140'405	148'001
1.1.-31.12.2018	52	50'640	15	7'596	148'001	155'597
1.1.-31.12.2019	53	50'640	15	7'596	155'597	163'193
1.1.-31.12.2020	54	50'640	15	7'596	163'193	170'789
1.1.-31.12.2021	55	50'640	18	9'115	170'789	179'904
1.1.-31.12.2022	56	50'640	18	9'115	179'904	189'019
1.1.-31.12.2023	57	50'640	18	9'115	189'019	198'135
1.1.-31.12.2024	58	50'640	18	9'115	198'135	207'250
1.1.-31.12.2025	59	50'640	18	9'115	207'250	216'365
1.1.-31.12.2026	60	50'640	18	9'115	216'365	225'480
1.1.-31.12.2027	61	50'640	18	9'115	225'480	234'595
1.1.-31.12.2028	62	50'640	18	9'115	234'595	243'711
1.1.-31.12.2029	63	50'640	18	9'115	243'711	252'826
1.1.-31.12.2030	64	50'640	18	9'115	252'826	261'941
1.1.-31.05.2031	65	50'640	18	3'798	261'941	265'739

Weiter wird angenommen, dass die Pensionskasse ihre Leistungen bei Invalidität in Koordination mit den anderen Sozialversicherungsleistungen auf 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes begrenzt.

5. Entwicklung der BVG-Renten

In der vorliegenden Berechnung wird angenommen, der Jahreslohn des Versicherten werde jährlich um CHF 2000.– steigen. Es könnte auch von einem durchschnittlichen zukünftigen Lohn ausgegangen werden.

Die Leistungen aus der beruflichen Vorsorge werden bei Invalidität in Koordination mit den anderen Sozialversicherungsleistungen auf 90% des mutmasslich entgangenen Verdienstes begrenzt. Die Leistungen der Pensionskasse erhöhen sich entsprechend mit dem Wegfall der Kinderrenten. Nach Ablauf der Wartefrist wird erstmals ab dem 1. Januar 2006 eine jährliche Rente von CHF 3600.– ausbezahlt. Ab dem Jahr 2015 wird die volle reglementarische Invalidenrente von CHF 19 133.– ausbezahlt (siehe hinten Tabelle 2).

6. Berechnung der kapitalisierten BVG-Invalidenrenten (Aktivphase)

Die gewährten Renten der beruflichen Vorsorge sind bis zum AHV-Rentenalter (Aktivphase) zu kapitalisieren. Mit dem *Leonardo*-Programm lassen sich die veränderlichen Renten ohne weiteres kapitalisieren (nach Tafel 11 oder 13x STAUFFER/SCHAETZLE)³¹.

Alter	Jahr	Rente kap.	Faktoren
39	1	1'200	0.98
40	2	4'200	0.95
41	3	6'000	0.91
42	4	7'800	0.88
43	5	9'600	0.85
44	6	11'400	0.82
45	7	13'200	0.78
46	8	15'000	0.76
47	9	16'800	0.73
48	10	18'378	0.70
49	11	19'133	0.67
50	12	19'133	0.65
51	13	19'133	0.62

29 Der im BVG-Obligatorium zu versichernde Lohn berechnet sich nach Art. 8 BVG.

30 Viele Vorsorgeeinrichtungen verwenden den Umwandlungssatz von 6,8%.

31 Die Kapitalisierung nach *Leonardo* erfolgt nach dem Altersjahr und nicht nach dem Kalenderjahr.

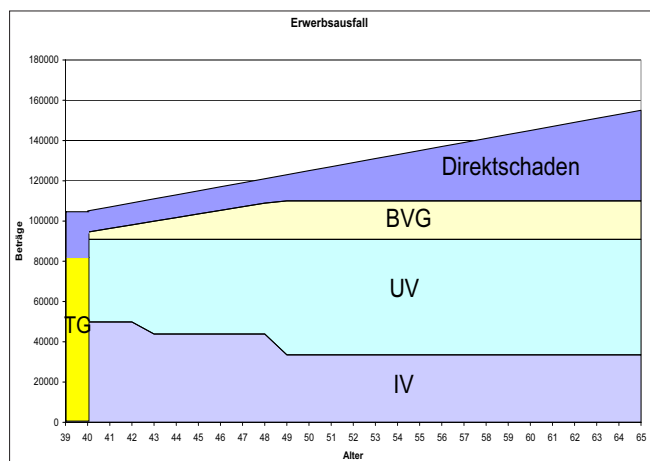
52	14	19'133	0.59
53	15	19'133	0.57
54	16	19'133	0.54
55	17	19'133	0.52
56	18	19'133	0.50
57	19	19'133	0.47
58	20	19'133	0.45
59	21	19'133	0.43
60	22	19'133	0.40
61	23	19'133	0.38
62	24	19'133	0.36
63	25	19'133	0.34
64	26	19'133	0.32
65	27	-	-
		231'114	16.16

- Ausbezahlte BVG-Rente
- finanzierte BVG-Rente
jähr. Rentenschaden der VE

Im vorliegenden Rechenbeispiel wird vom hypothetischen Altersguthaben in der Höhe von CHF 722 234.– mit dem Umwandlungssatz von 7,2% eine jährliche hypothetische BVG-Rente von CHF 52 001.– ermittelt. Die zu leistende jährliche BVG-Altersrente beträgt bei gleichem Umwandlungssatz jährlich CHF 43 179.– (7,2% von CHF 599 710.–). Die finanzierte jährliche BVG-Rente beträgt CHF 19 114.– (7,2% von CHF 265 475.–). (Siehe hinten Tabelle 3)

Im vorliegenden Fall ergibt sich für die Aktivphase eine regressfähige kapitalisierte BVG-Invalidenrente von CHF 231 114.–.

Die BVG-Invalidenrente während der Aktivphase lässt sich wie folgt grafisch darstellen:



7. Berechnung des BVG-Rentenschadens (Passivphase)

Der jährliche Renten-Direktschaden des Versicherten ergibt sich aus der Differenz zwischen der hypothetischen jährlichen BVG-Altersrente und der tatsächlich ausbezahlten BVG-Rente ab dem Rentenalter; kapitalisiert als aufgeschobene Leibrente ab AHV-Rentenalter (Tafel 1 b STAUFFER/SCHAETZLE).

- hypothetische BVG-Rente
- ausbezahlte BVG-Rente
jähr. Rentendirektschaden

Der Rentenschaden der Vorsorgeeinrichtung berechnet sich wie folgt: Die tatsächlich ausbezahlte jährliche BVG-Altersrente abzüglich der finanzierten jährlichen BVG-Altersrente ergibt den jährlichen Schaden der Pensionskasse. Dieser Betrag, kapitalisiert mit dem Faktor aus Tafel 1b STAUFFER/SCHAETZLE ergibt den Rentenschaden der Pensionskasse.

A. Berechnung des BVG-Rentendirektschadens

- hypothetische BVG-Rente CHF 52 001.–
- ausbezahlte BVG-Rente CHF 43 179.–
jähr. Rentendirektschaden CHF 8 822.–

Danach verbleibt ein jährlicher BVG-Rentendirektschaden des Geschädigten von CHF 8 822.–; zu kapitalisieren mit dem Faktor 4.72 bei Alter 38 (gemäss Tafel 1b STAUFFER/SCHAETZLE). Der Geschädigte erleidet einen kapitalisierten Rentendirektschaden von CHF 41 640.–.

B. Berechnung des BVG-Rentenschadens der Vorsorgeeinrichtung

- Ausbezahlte BVG-Rente CHF 43 179.–
- finanzierte BVG-Rente CHF 19 114.–
jähr. Rentenschaden der VE CHF 24 065.–

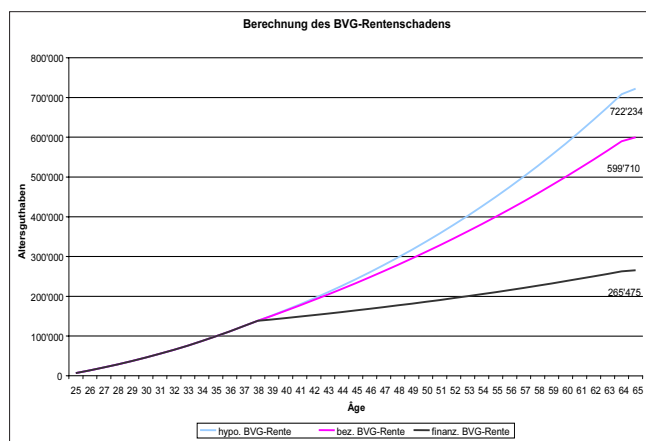
Der jährliche Rentenschaden der Pensionskasse beträgt CHF 24 065.–, kapitalisiert mit Faktor 4.72, bei Alter 38 (gemäss Tafel 1b STAUFFER/SCHAETZLE). Insgesamt beträgt der kapitalisierte Rentenschaden der Vorsorgeeinrichtung CHF 113 586.–.

9. Regressfähiger Betrag der Vorsorgeeinrichtung

Nach dem obigen Rechenbeispiel kann die Pensionskasse insgesamt den Betrag von CHF 344 700.– regressieren.

Für die Aktivphase (bis zum ordentliche AHV-Rentenalter) beträgt der regressfähige Betrag der Vorsorgeeinrichtung CHF 231 114.–. Der Rentenschaden für die Passivphase (ab dem ordentlichen Rentenalter) beträgt CHF 113 586.–.

- BVG-Invalidenrente CHF 231 114.–
Rentenschaden der VE CHF 113 586.–
CHF 344 700.–



VI. Schlussfolgerung

Die Durchführung des Pensionskassen-Regresses gestaltet sich, wie vorliegend dargelegt, nicht derart schwierig, dass auf dessen Durchführung zu verzichten ist. Ab dem 1. Januar 2005 gilt nun eine gesetzliche Subrogationsnorm (Art. 34b BVG), wonach im Rahmen des BVG-Obligatoriums für die vergangenen und künftigen Leistungen auf den haftpflichtigen Dritten regressiert werden kann. Wesentlich ist, dass für die gesamten Leistungen aus der weitergehenden beruflichen Vorsorge, sofern sie schadenausgleichend sind, mittels Abtretungserklärung ohne weiteres regressiert werden kann.

Die regressierbaren Beträge einer Pensionskasse, resultierend aus der kapitalisierten BVG-Invalidenrente und des BVG-Rentenschadens, können, wie im vorliegenden Beispiel aufgezeigt, eine wichtige Einnahmequelle der Vorsorgeeinrichtung darstellen. Es stellt sich die Frage, ob die Organe einer Pensionskasse nicht sogar verpflichtet sind, den Rückgriff auf den haftpflichtigen Dritten zu prüfen³².

32 Zur Verantwortlichkeit der Organe vgl. Art. 52 BVG.

Les auteurs démontrent comment les instituts de prévoyance peuvent regresser pour des prestations obligatoires et sur-obligatoires contre la tierce personne responsable. L'art. 51 al. II CO est la base pour regresser pour des prestations du passé; des prestations futures peuvent être réclamées moyennant une déclaration écrite de cession de l'assuré ou des ayants-droits. Depuis le 1^{er} janvier 2005, avec l'entrée en vigueur de l'art. 34b LPP, nous avons une clause légale de subrogation pour l'action récursoire de la caisse de pension. Avec un exemple concret de calcul, les auteurs démontrent avec des tabelles que l'action récursoire de la caisse de pension peut être une source non négligeable de revenus pour les instituts de prévoyance.

(trad. Cédric JeanRichard)

Der Rückgriff in der beruflichen Vorsorge

AJP/PJA 9/2005

Tabelle 1

Personalvorsorgeeinrichtung der Firma XYZ AG																
Name: X. Vorname: AHV-Nr.: geb. am: 31. Mai 1966										Eintrittsdatum 1. November 1988						
Abrechnungs- periode	Alter	technisches Konto						BVG-Alterskonto								
		Sparbeiträge				Sparkapital Ende Abrechnungsperiode		Verdienst		Alters- gutschriften		Altersguthaben				
		Arbeitgeb.		Mitarbeiter		Arbeitgeber	Mitarbeiter	Zins- satz	AHV	Koordin.	in %	in CHF	Am Anfang Abrechnungs- periode	Am Ende der Abrechnungs- periode	Zins- satz	
in %	in CHF	in %	in CHF	Verdienst	in %											in CHF
1.1-31.12.1991	25	55'800	6	3'348	6	3'348	3'348	3'348	4.00	75'000	38'400	7	2'688	0	2'688	4.00
1.1-31.12.1992	26	55'400	6	3'324	6	3'324	6'806	6'806	4.00	77'000	43'200	7	3'024	2'688	5'820	4.00
1.1-31.12.1993	27	56'440	6	3'386	6	3'386	10'465	10'465	4.00	79'000	45'120	7	3'158	5'820	9'211	4.00
1.1-31.12.1994	28	58'440	6	3'506	6	3'506	14'390	14'390	4.00	81'000	45'120	7	3'158	9'211	12'738	4.00
1.1-31.12.1995	29	58'720	6	3'523	6	3'523	18'488	18'488	4.00	82'000	46'460	7	3'252	12'738	16'499	4.00
1.1-31.12.1996	30	61'720	6	3'703	6	3'703	22'931	22'931	4.00	85'000	46'460	7	3'252	16'499	20'411	4.00
1.1-31.12.1997	31	63'120	6	3'787	6	3'787	27'635	27'635	4.00	87'000	47'760	7	3'343	20'411	24'571	4.00
1.1-31.12.1998	32	65'120	6	3'907	6	3'907	32'648	32'648	4.00	89'000	47'760	7	3'343	24'571	28'897	4.00
1.1-31.12.1999	33	66'880	6	4'013	6	4'013	37'967	37'967	4.00	91'000	48'240	7	3'377	28'897	33'430	4.00
1.1-31.12.2000	34	68'880	6	4'133	6	4'133	43'618	43'618	4.00	93'000	48'240	7	3'377	33'430	38'144	4.00
1.1-31.12.2001	35	70'280	6	4'217	6	4'217	49'580	49'580	4.00	95'000	49'440	10	4'944	38'144	44'614	4.00
1.1-31.12.2002	36	72'280	6	4'337	6	4'337	55'900	55'900	4.00	97'000	49'440	10	4'944	44'614	51'342	4.00
1.1-31.12.2003	37	73'680	6	4'421	6	4'421	62'557	62'557	3.25	99'000	50'640	10	5'064	51'342	58'075	3.25
1.1-31.12.2004	38	75'680	6	4'541	6	4'541	69'131	69'131	2.25	101'000	50'640	10	5'064	58'075	64'445	2.25

Tabelle 2

Abrechnungs- periode	Verdienst	IV- Leistungen			UVG-Leistungen		Leistungen aus der berufl. Vorsorge				
		Invalide- rente	Zusatzr.	Kinderrente	Total IV	Invalide- rente	TG	Invalide- rente	Kinder- rente	Überentschädigung	
										90%	Tot. BVG
1.1-31.12.2005	103'000						82400				
1.1-31.12.2006	105'000	2150	645	1360	49860	41040		19133	7654	94500	3600
1.1-31.12.2007	107'000	2150	645	1360	49860	41040		19133	7654	96300	5400
1.1-31.12.2008	109'000	2150	645	1360	49860	41040		19133	7654	98100	7200
1.1-31.12.2009	111'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	99900	9000
1.1-31.12.2010	113'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	101700	10800
1.1-31.12.2011	115'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	103500	12600
1.1-31.12.2012	117'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	105300	14400
1.1-31.12.2013	119'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	107100	16200
1.1-31.12.2014	121'000	2150	645	860	43860	47040		19133	3827	108900	18000
1.1-31.12.2015	123'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	110700	19133
1.1-31.12.2016	125'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	112500	19133
1.1-31.12.2017	127'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	114300	19133
1.1-31.12.2018	129'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	116100	19133
1.1-31.12.2019	131'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	117900	19133
1.1-31.12.2020	133'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	119700	19133
1.1-31.12.2021	135'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	121500	19133
1.1-31.12.2022	137'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	123300	19133
1.1-31.12.2023	139'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	125100	19133
1.1-31.12.2024	141'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	126900	19133
1.1-31.12.2025	143'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	128700	19133
1.1-31.12.2026	145'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	130500	19133
1.1-31.12.2027	147'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	132300	19133
1.1-31.12.2028	149'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	134100	19133
1.1-31.12.2029	151'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	135900	19133
1.1-31.12.2030	153'000	2150	645	0	33540	57360		19133	0	137700	19133
1.1-31.05.2031	64'583	2150	645	0	13975	23900		7972	0	58125	7972
Total					963355	1347020					411300

Tabelle 3

Abrechnungs- periode	hypothetische BVG-Rente							geleistete BVG- Rente						finanzierte BVG- Rente		
	Verdienst		Altersgut- schriften		Altersguthaben			Verdienst		Alters- gutschriften		Altersguthaben		Altersguthaben		
	AHV	vers.	in %	in CHF	Beginn Abrechn.- periode	Ende Abrechn.- periode	Zins %	Versichert	in %	in CHF	Beginn Abrechn.- periode	Ende Abrechn.- periode	Zins %	Beginn Abrechn.- periode	Ende Abrechn.- periode	Zins %
1.1-31.12.2005	103'000	80'845	12	9'701	138'262	151'420	2.50	75'680	12	9'082	138'262	150'800	2.50	138'262	141'719	2.50
1.1-31.12.2006	105'000	82'845	12	9'941	151'420	165'147	2.50	75'680	12	9'082	150'800	163'652	2.50	141'719	145'262	2.50
1.1-31.12.2007	107'000	84'845	12	10'181	165'147	179'457	2.50	75'680	12	9'082	163'652	176'825	2.50	145'262	148'893	2.50
1.1-31.12.2008	109'000	86'845	12	10'421	179'457	194'365	2.50	75'680	12	9'082	176'825	190'327	2.50	148'893	152'615	2.50
1.1-31.12.2009	111'000	88'845	12	10'661	194'365	209'885	2.50	75'680	12	9'082	190'327	204'167	2.50	152'615	156'431	2.50
1.1-31.12.2010	113'000	90'845	12	10'901	209'885	226'034	2.50	75'680	12	9'082	204'167	218'352	2.50	156'431	160'342	2.50
1.1-31.12.2011	115'000	92'845	12	11'141	226'034	242'826	2.50	75'680	12	9'082	218'352	232'893	2.50	160'342	164'350	2.50
1.1-31.12.2012	117'000	94'845	12	11'381	242'826	260'278	2.50	75'680	12	9'082	232'893	247'797	2.50	164'350	168'459	2.50
1.1-31.12.2013	119'000	96'845	12	11'621	260'278	278'406	2.50	75'680	12	9'082	247'797	263'073	2.50	168'459	172'670	2.50
1.1-31.12.2014	121'000	98'845	12	11'861	278'406	297'228	2.50	75'680	12	9'082	263'073	278'732	2.50	172'670	176'987	2.50
1.1-31.12.2015	123'000	100'845	12	12'101	297'228	316'760	2.50	75'680	12	9'082	278'732	294'782	2.50	176'987	181'412	2.50
1.1-31.12.2016	125'000	102'845	12	12'341	316'760	337'021	2.50	75'680	12	9'082	294'782	311'233	2.50	181'412	185'947	2.50
1.1-31.12.2017	127'000	104'845	12	12'581	337'021	358'027	2.50	75'680	12	9'082	311'233	328'095	2.50	185'947	190'596	2.50
1.1-31.12.2018	129'000	106'845	12	12'821	358'027	379'800	2.50	75'680	12	9'082	328'095	345'379	2.50	190'596	195'361	2.50
1.1-31.12.2019	131'000	108'845	12	13'061	379'800	402'356	2.50	75'680	12	9'082	345'379	363'095	2.50	195'361	200'245	2.50
1.1-31.12.2020	133'000	110'845	12	13'301	402'356	425'716	2.50	75'680	12	9'082	363'095	381'254	2.50	200'245	205'251	2.50
1.1-31.12.2021	135'000	112'845	12	13'541	425'716	449'900	2.50	75'680	12	9'082	381'254	399'867	2.50	205'251	210'382	2.50
1.1-31.12.2022	137'000	114'845	12	13'781	449'900	474'929	2.50	75'680	12	9'082	399'867	418'945	2.50	210'382	215'642	2.50
1.1-31.12.2023	139'000	116'845	12	14'021	474'929	500'824	2.50	75'680	12	9'082	418'945	438'501	2.50	215'642	221'033	2.50
1.1-31.12.2024	141'000	118'845	12	14'261	500'824	527'606	2.50	75'680	12	9'082	438'501	458'545	2.50	221'033	226'558	2.50
1.1-31.12.2025	143'000	120'845	12	14'501	527'606	555'298	2.50	75'680	12	9'082	458'545	479'090	2.50	226'558	232'222	2.50
1.1-31.12.2026	145'000	122'845	12	14'741	555'298	583'921	2.50	75'680	12	9'082	479'090	500'149	2.50	232'222	238'028	2.50
1.1-31.12.2027	147'000	124'845	12	14'981	583'921	613'501	2.50	75'680	12	9'082	500'149	521'734	2.50	238'028	243'979	2.50
1.1-31.12.2028	149'000	126'845	12	15'221	613'501	644'060	2.50	75'680	12	9'082	521'734	543'859	2.50	243'979	250'078	2.50
1.1-31.12.2029	151'000	128'845	12	15'461	644'060	675'623	2.50	75'680	12	9'082	543'859	566'537	2.50	250'078	256'330	2.50
1.1-31.12.2030	153'000	130'845	12	15'701	675'623	708'215	2.50	75'680	12	9'082	566'537	589'782	2.50	256'330	262'738	2.50
1.1-31.05.2031	155'000	132'845	12	6'642	708'215	722'234	2.50	75'680	12	3'784	589'782	599'710	2.50	262'738	265'475	2.50
Umrechnung in Rente (Umwandlungssatz von 7.2)					52'001			43'179						19'114		